

**POLITIK ALS FIKTION.
Ordnungsvorstellungen in Filmen und Fernsehbeiträgen
der Bundesrepublik 1950 bis 2000**

Christoph Classen

Seit einiger Zeit werden in der Politikwissenschaft wie auch in der Öffentlichkeit nicht nur allgemeine Phänomene wie die sogenannte „Politikverdrossenheit“ diskutiert. Zunehmend wird die konkretere Frage nach dem Einfluss der Medien auf politische Prozesse gestellt.¹ Fragen einer zunehmenden „Stimmungsabhängigkeit“ der Politik, nach ihrer mediengerechten bzw. unterhaltsamen Inszenierung und der möglichen Aushöhlung klassischer Institutionen werden besonders im Bereich der Kommunikations- und der Politikwissenschaften intensiv diskutiert. Im Zentrum stehen dabei zumeist die Selbstdarstellung von Politikern und die Vermittlung politischer Prozesse in Nachrichten und anderen Formaten; kurz: Es geht um die mediale Inszenierung realer politischer Prozesse – und dies zumeist in aktuellen Zusammenhängen.

Selten fällt dabei der Blick allerdings auf populäre, fiktionale Genres wie Spielfilme und unterhaltungsorientierte Fernsehserien, obgleich sich gerade solche unterhaltenden Formate besonderer Beliebtheit beim Publikum erfreuen. Zudem kann man vermuten, dass auch und gerade hier implizit und explizit Vorstellungen von Politik transportiert werden, sei es in Form negativer Stereotype oder in Bildern einer „guten Ordnung“ und vorbildlichen Handelns.² Hier setzt das Projekt an: Es möchte untersuchen, wie Politik und politisches Handeln in der Bundesrepublik in den vergangenen 50 Jahren in populären Spielfilmen und Fernsehserien dargestellt worden ist. Letztere werden dabei als „seismographische“ Quellen verstanden, die einerseits zeitgenössische Vorstellungen spiegeln, andererseits aber auch in die Gesellschaft zurückgewirkt haben und die jeweiligen Vorstellungen von und Erwartungen an Politik bekräftigt oder sogar erst erzeugt haben.

1. Politik und Unterhaltung

Wer sich im deutschen Kontext mit Politikdarstellungen in Unterhaltungsformaten beschäftigt, sieht sich schnell mit einem ebenso interessanten wie ernüchternden Befund konfrontiert: Politik und Politiker kommen dort vor allem in den 1950er und 1960er Jahren allenfalls in historischen Kontexten vor. Bis heute wird Politik gern in dokumentarisch-fiktionalen Mischformen verhandelt, und jüngste Versuche, in Deutschland nach amerikanischem Vorbild auch den

1 Vgl. etwa Ulrich Sarcinelli (Hg.), Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur, Bonn 1998.

2 Vgl. als Ausnahme: Andreas Dörner, Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft. Frankfurt/Main 2001.

„Kernbereich“ von Politik fiktional-unterhaltenden Dramatisierungen zugänglich zu machen („Kanzleramt“, ZDF, 2005) können als gescheitert gelten. Es liegt nahe, diese auffällige Zurückhaltung in Deutschland einerseits auf die allgemeine gesellschaftliche Abwendung von Politik in der Folge des Nationalsozialismus zurückzuführen, andererseits aber auch auf ältere Traditionen des politischen Eskapismus.

Dieser Umstand macht es erforderlich, das Politische nicht nur dort aufzusuchen, wo es explizit wird, sondern auch nach impliziten, gewissermaßen subkutanen Politikvorstellungen zu suchen. Ausgangspunkt ist deshalb ein weiter Politikbegriff, der mit Karl Rohe unter „Politik“ die kommunikative Verständigung über Ordnung versteht, ohne die kein soziales Gefüge dauerhaft bestehen kann. „Ordnungsvorstellungen“ sind freilich ein weites Feld, das wiederum nach pragmatischen Kriterien eingegrenzt werden muss. Dementsprechend konzentriert sich das Vorhaben auf zwei Untersuchungsfelder: Zum einen die Darstellung gesellschaftsbezogener Konflikte und zum anderen die Inszenierung von „Problemlösern“ und akutem Krisenmanagement. Damit ist es etwa möglich, den stereotyp im Heimatfilm vertretenen Konflikt zwischen rein materiell orientierten Interessen und einem Vertreter höherer, gemeinwohlorientierter Werte zum Gegenstand zu machen, auch wenn in die Auseinandersetzung keine Amtsträger einbezogen sind, es sich also um einen „depolitisierten“, scheinbar privaten Konflikt handelt. Ähnliches gilt für das Problem- bzw. Krisenmanagement: Hier wird davon ausgegangen, dass auch das Engagement eines Kriminalkommissars bei der Lösung eines Falles oder das beherzte und kompetente Eingreifen eines Arztes in einem Notfall als Modell politischen Handelns verstanden werden kann, in dem elementare Ordnungsvorstellungen nicht nur zum Ausdruck kommen, sondern auch maßgeblich mit geprägt werden.

2. Dimensionen und Fragestellungen

Die übergreifenden Fragen der Analyse lassen sich anhand von vier Untersuchungsdimensionen bündeln: Erstens geht es um die Bedeutung und die Persistenz von politisch-kulturellen Traditionen sowie um die spezifischen historischen Voraussetzungen in Westdeutschland nach 1945. Ausgangspunkt ist die vielfach diagnostizierte, tief verwurzelte „harmonistische“ Tradition in der deutschen politischen Kultur, das „Unvermögen, im begrenzten und geregelten Konflikt ein Mittel produktiver Gesellschaftsgestaltung zu erblicken.“³ Wie wirkten solche nationalen Traditionen nach und wie wurden sie ggf. überformt und verdrängt? Zu berücksichtigen ist hier ferner die spezifische Erfahrung des Krieges und des totalen Zusammenbruchs, die in den mentalen Orientierungen der Nachkriegsgesellschaft tiefe Spuren hinterlassen hat.

3 Vgl. Kurt Sontheimer, Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 14. Aufl., München 1991.

Zweitens ist das Verhältnis zum allgemeinen gesellschaftlich-politischen Kontext der Bundesrepublik zu untersuchen. Welchen Wandlungen unterlagen die Darstellungen von Konflikten und ihrer Bewältigung zwischen den Jahren der „Kanzlerdemokratie“ (Baring), der Reformära der 60er Jahre einschließlich des utopischen Überschusses der Studentenbewegung bis hin zur konservativen Einhegung der 80er Jahre und der sich rasch abkühlenden Euphorie nach der Wiedervereinigung? Welche Rolle spielen die Konstellation der Teilung sowie die Konjunkturen des Kalten Krieges als Erfahrungshintergrund? Bildet sich die sukzessive Internalisierung demokratischer Normen wie Streitigkeit und Legitimität von Interessen, pragmatische Aushandlung und Kompromiss, rechtsstaatliche Einhegung etc. hier ab oder blieben die Vorstellungen eher idealistischen, respektive utopischen Idealen verpflichtet?

Drittens stellt sich die Frage nach kulturellen Transfers und Einflüssen. Unterscheidet man hier „Amerikanisierung“ im Sinne offenkundiger kultureller Einflüsse von „Westernisierung“ als Transfer westlicher, insbesondere amerikanischer politischer Ideen und Konzepte⁴, so wäre zu fragen, ob sich beispielsweise die Konfliktlösungsmuster tatsächlich „westernisiert“ haben, ob sich das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft und Individuum und Staat einschließlich der damit verbundenen Erwartungen wirklich amerikanischen Vorstellungen angeglichen haben. Wie wurden die strukturellen funktionalen Unterschiede des politischen Systems verarbeitet? Gab es jenseits offenkundiger oberflächlicher Merkmale eine Angleichung politisch-kulturelle Traditionen?

Schließlich ist viertens eine Dimension zu berücksichtigen, die sich mit „Medialisierungslogiken“ bezeichnen lässt und die teilweise eng mit der Frage nach „Amerikanisierung“ verbunden ist: Gemeint ist die Kommerzialisierung des Mediensektors und zunehmende Dominanz von Unterhaltungsformaten, die nicht nur Einflüsse auf die mediale Darstellung von Politik hat, sondern, wie eingangs angedeutet, auch auf den Politikbetrieb selbst und seine Institutionen zurückwirkt. Hier ist insbesondere von Interesse, inwiefern und in welchem Maße die Darstellung politischer Handlungszusammenhänge und die ihnen zugrunde liegenden Normen ihrerseits von medialen Dramatisierungszwängen, Stereotypisierungen etc. beeinflusst und geprägt wurden.

3. Zum Wandel der politischen Kultur der Bundesrepublik: Hypothesen

Beobachter der aktuellen deutschen Fernsehlandschaft und speziell des Kriminal-Genres haben darauf aufmerksam gemacht, dass sich dort mittlerweile eine „Kultur des Ungehorsams“ etabliert hat, in der verbeamtete Kommissare sich regelmäßig über Regeln und Dienstvorschriften hinwegsetzen, die Anweisungen ihrer häufig als bürokratisch oder als übervorsichtig gezeichneten Vorgesetzten igno-

⁴ Vgl. Anselm Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999.

rieren, um mit höchstem persönlichen Einsatz der Gerechtigkeit und dem Guten zum Sieg zu verhelfen.

Diese Idealisierung von zivilem Ungehorsam beleuchtet schlaglichtartig einen tief greifenden Wandel der politischen Kultur in Deutschland. Denn bleibt man im Sujet und betrachtet die Figur des deutschen Fernseh-Kommissars im Zeitverlauf, dann wird schnell deutlich, dass die Überschreitung von Kompetenzen, Regeln und Gesetzen der Figur lange fremd war. Weder kann man sich den „Kommissar“ (Eric Ode) als notorischen Rebellen vorstellen, noch seine Nachfolger „Derrick“ (Horst Tappert) oder den „Alten“ (Siegfried Lowitz). Ohne Zweifel reflektiert die Figur des Kommissars bis in die 1970er Jahre die etatistische nationale Tradition; es handelte sich um die unhinterfragbare Verkörperung des Gesetzes und des Gemeinwohles, um einen autoritären Sachwalter von Sicherheit und Ordnung. Erst danach deutet sich hier ein grundlegender Wandel an, den man als „anti-etatistische Wende“ bezeichnen kann, und der mit einer gewissen Verzögerung Anfang der 80er Jahre in der Person des Tatort-Kommissars „Schimanski“ (Götz George) dann auch das Kriminal-Genre erreicht; „Schimanski“ verkörpert praktisch die Negation aller legalistisch-bürokratischen Tradition: Nicht die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung durch die Überführung des Kriminellen ist hier noch Aufgabe des Kommissars, sondern im Gegenteil die Störung der Ordnung eines als korrupt dargestellten politisch-wirtschaftlichen Interessenkomplexes im Sinne eines höheren Gerechtigkeitsprinzips. Bezogen auf das Verhältnis von Individuum und Staat ist damit eine Umkehr des Wertehorizontes verbunden: Während ursprünglich, etwa im Heimatfilm der 1950er Jahre, die Unterordnung unter die Gemeinschaft auch den Königsweg zu individuellem Glück markierte, ist nun, pointiert formuliert, „Widerstand Pflicht“. Das staatsbürgerliche Ideal wandelt sich vom kleinsten Teil einer harmonisch gedachten Gemeinschaft hin zum individualistischen, zivilcouragierten Kämpfer, für den die öffentliche Ordnung mindestens ein Hindernis darstellt, wenn nicht selbst bekämpft werden muss.

Parallelen lassen sich auf dem Feld der Konfliktdarstellung zeigen. In den 1950er Jahren waren Konflikte, wo sie denn stattfanden, entweder innere Konflikte, die das Individuum mit sich selbst ausmachen musste, oder es waren illegitime Konflikte, die durch Wiederherstellung von „Ruhe und Ordnung“ bereinigt wurden. Beginnend in den 1960er Jahren lässt sich die Tendenz ausmachen, agonale Konflikte als normal darzustellen. Damit einher geht allerdings auch die zunehmende Tendenz, Gewalt als normales, wenn nicht legitimes Mittel der Konfliktlösung zu inszenieren.

Die beschriebenen Tendenzen zeichnen sich dadurch aus, dass sie sich keineswegs linear und kontinuierlich durchsetzen. Vielmehr scheinen sie sich in populären Mediendarstellungen gegenüber den politischen Zäsuren (wie z. B. der Studentenrevolte von 1968) einerseits mit einer gewissen Verzögerung niederzuschlagen, zum anderen existieren ältere und neuere Muster z. T. über lange Zeiten parallel. So repräsentiert beispielsweise die Kriminalserie „Derrick“ noch bis zu ihrer Einstellung 1998 eher das traditionelle Ideal eines patriarchalischen

Kommissars, der „Ruhe und Ordnung wiederherstellt“, während parallel längst andere, weibliche und eher zivilcouragierte Idealfiguren popularisiert wurden. Diese charakteristische „Ungleichzeitigkeit“ der Diskurse dürfte nicht zuletzt auf generationell unterschiedlich geprägte Publika verweisen.

Obwohl man insgesamt gleichwohl von einem massiven Wandel der politischen Kultur sprechen kann, der sowohl das Bild des Bürgers, das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft als auch die Darstellung von Politikern bzw. deren Substitutionen erfasst hat, ist damit die Frage nach den transnationalen Einflüssen noch nicht beantwortet. Hypothetisch wird hier davon ausgegangen, dass nationale Traditionen und Erfahrungen hier jenseits oberflächlicher Phänomene von erheblicher Bedeutung sind. So stellt das harmonisch-utopische Konsensideal und die damit verbundene Ordnungsfixiertheit der 1950er Jahre nicht nur eine Verlängerung älterer politischer Traditionen dar, sondern ist vor allem auch als Reaktion auf die verstörende Erfahrung von Krieg und totalem Zusammenbruch zu verstehen. Zu fragen ist in diesem Zusammenhang auch, ob die auffällige Zurückhaltung und zumindest partiell auch ablehnende Haltung gegenüber institutionalisierter Politik und Politikern in den populären Darstellungen nicht eine lang anhaltende nationale Tradition fortführt.

Insgesamt deutet sich an, dass der Wandel der politischen Kultur in der Bundesrepublik zwischen nationalen Traditionen und Erfahrungen, transnationalen Einflüssen und Medialisierungslogiken durchaus ambivalente Wirkungen gezeitigt hat: So geht mit der zunehmenden Anerkennung von Gesellschaft als heterogen und notwendig konflikthaft keinesfalls auch immer die Anerkennung ziviler Mittel der Konfliktaustragung einher; das zivilcouragierte Ideal des Bürgers scheint zumindest dann problematisch, wenn damit die pauschale Ablehnung von Institutionen verbunden ist und die Frage nach der Legitimation der jeweiligen „höheren“ Werte nicht aufkommt. So möchte das Projekt aus seiner spezifischen Perspektive dazu beitragen, die etablierten Aufstiegs- oder Abstiegs Erzählungen über die Bundesrepublik kritisch zu hinterfragen und einer differenzierteren Sicht Vorschub zu leisten.⁵

⁵ Vgl. in diesem Sinne zuletzt: Andreas Rödder, Das „Modell Deutschland“ zwischen Erfolgsgeschichte und Verfallsdiagnose, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 54 3/2006, S. 345-363.